

„Pensionsalter erhöhen parallel zum Anstieg der Lebenserwartung“

Bei einer VP-Diskussion

gab es einen neuen Vorstoß: Die Österreicher sollten im Ausmaß der steigenden Lebenserwartung künftig auch länger arbeiten.

WIEN (ett). Die Volksanwältin und frühere VP-Generalsekretärin Ingrid Korosec setzt einen neuen Akzent in der seit dem Nationalratswahlkampf intensiv geführten Pensionsdebatte. Man solle jetzt schon beginnen, ein Modell zu entwickeln, daß in Österreich ab 2010 länger gearbeitet werde. Mit der Lebenserwartung müßte auch das gesetzliche Pensionsalter im jeweiligen Ausmaß erhöht werden.

Korosec unternahm den Vorstoß am Mittwoch bei einem „Zukunftsgespräch“ der ÖVP in Wien. Dazu gehöre, daß es, wenn jemand früher in Pension gehe, „spürbare“ Abschlüge gebe. Ebenso müßte es „spürbare“ Zuschläge zur Pension für jene geben, die länger arbeiten. Sie begründete ihre Idee damit, daß um 2010 ein Mangel an Arbeitskräften zu erwarten sei.

Für die ÖVP nahm Sozialsprecher Gottfried Feurstein dies positiv auf: „Ich finde, daß der Vorschlag vernünftig und diskussionswert ist.“ Generell betonte er, daß trotz fünf Pensionsreformen seit 1987 weitere „Anpassungen“ nötig seien.

Im Zuge der bisher letzten Pensionsreform 1997 hat der damalige deutsche Pensionsexperte der Bundesregierung, Bernd Rürup, vorgeschlagen, die Pensionen sollten künftig durch die Einrechnung der steigenden Lebenserwartung nicht mehr so stark steigen. Die Pensionisten würden damit selbst einen Beitrag zur Finanzierbarkeit des Systems leisten. Im Sozialministerium wird an einer Regelung gearbeitet.

Allerdings gibt es offenen Widerstand in der ÖVP. VP-Sozialsprecher Feurstein kann dem Rürup-Plan nämlich „nichts abgewinnen“. Denn: „Das führt zu einer Verarmung der Pensionisten.“ Dagegen wurde der Rürup-Vorschlag in der VP-Diskussion vom Versicherungsmathematiker Helmut Holzer als „elegante Lösung“ gelobt.

„Skandal bereinigen“

Bei dem „Zukunftsgespräch“ bekräftigte die ÖVP ihre Forderung für eine „Mütterpension“. Kinderziehungszeiten müßten demnach künftig pensionsbegünstigend, also allein Voraussetzung für eine spätere Pension sein. Derzeit wirken Kindererziehungszeiten pensionserhöhend, vorausgesetzt die Frau hat 15 Beitragsjahre aufzuweisen. Am emotionellsten unterstrich der VP-Nationalratsabgeordnete Wolfgang Großruck, daß es noch in dieser Legislaturperiode zur Mütterpension kommen müsse. Er hielt ein Schreiben samt Bild einer Familie mit neun Kindern in die Luft: Diese Familie sichere zwar die Pensionen anderer, nicht aber jene der eigenen Mutter, die es nur auf sieben Beitragsjahre bringe. „Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, der bereinigt gehört“, wettete Großruck unter Applaus.

Die ÖVP bleibt auch bei der Forderung, die Pension im Scheidungsfall zwischen den Ehepartnern zu teilen. Das leuchtete aber Sozialwissenschaftler Bernd Marin gerade bei der ÖVP, die die Familien betone, nicht recht ein: „Warum nur im Fall der Scheidung?“ Er zeigte sich froh über die Diskussion über weitere Änderungen: „In Deutschland brennt's schon. Und man sieht, was für ein Pfusch herauskommt, wenn die Brandlöscher unterwegs sind.“